



Eltern für fairen Schulwettbewerb Kernaussagen der Studie „Bildung und Schule – Elternstudie 2019“

Prof. Dr. Heiner Barz

*Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf, Abteilung für Bildungsforschung und
Bildungsmanagement*

Die Studie bestätigt den hohen Stellenwert, den das Streben nach einer guten Schulbildung heute fast durchgängig in allen gesellschaftlichen Gruppen hat. Selbst Eltern, die einen niedrigen Schulabschluss besitzen, halten eine gute Schulbildung mit 92 Prozent für „sehr wichtig.“ Bei den Eltern mit einem hohen Bildungsabschluss sind es sogar 96 Prozent. Dass eine zeitgemäße Konzeption des Rechts auf Bildung auch kulturelle und musische Bildung mit einschließen sollte, ist dabei für die allermeisten Eltern selbstverständlich: 91 Prozent bejahen die entsprechende Aussage. Generell sehen die befragten Eltern mehrheitlich die wichtige Rolle, die künstlerischen, musischen und handwerklichen Übungen für Bildungsprozesse zukommt: 90 Prozent bejahen die Formulierung „Der Schulunterricht muss dafür sorgen, dass die Kinder auch praktische, künstlerische und musische Kenntnisse und Erfahrungen erwerben können.“ Auch schon in der Lehrerbildung sollten künstlerische Übungen eine wichtige Rolle spielen: 81 Prozent der Eltern befürworten die Aussage „Lehrer müssen neben ihrer fachlichen Ausbildung auch in kreativen und praktischen Inhalten ausgebildet werden.“

Das pädagogische Programm der Inklusion hat inzwischen offenbar eine breite Mehrheit der Eltern hinter sich: „Die Basis für die Inklusion [...] muss an den Schulen durch mehr Geld, mehr Lehrer und Sozialpädagogen sowie bauliche Voraussetzungen verbessert werden“ – dieser Forderung stimmen 85 Prozent aller Befragten zu. Bei den unter 29-Jährigen sind es sogar 90 Prozent, bei den über 45-Jährigen noch 82 Prozent. Man kann daraus schließen, dass das Thema künftig noch wichtiger werden wird.

Ein interessantes Ergebnis der Datenanalyse kann darin gesehen werden, dass das Antwortverhalten von Eltern mit bzw. ohne Migrationshintergrund sich bei den meisten Fragen nicht systematisch unterscheidet. Nur bei wenigen Aspekten finden sich geringfügige Unterschiede – so messen Eltern mit Migrationshintergrund den kreativen und künstlerischen Dimensionen im Unterricht oder in der Lehrerbildung etwas weniger Bedeutung bei. Umgekehrt stehen sie Prüfungen und Leistungsnachweisen als Gegenpol zur Persönlichkeitsentwicklung minimal weniger kritisch gegenüber als die Eltern ohne Migrationshintergrund. Insgesamt deuten die geringen Unterschiede hinsichtlich der in der Studie angesprochenen pädagogischen Präferenzen aber deutlich in Richtung der These, dass sich ein größerer Teil der Migranten in Deutschland relativ unauffällig in das gesellschaftliche Leben integriert hat.



Das brisanteste Ergebnis der Elternstudie 2019 dürfte im großen Vertrauensvorschluss liegen, den Schulen in freier Trägerschaft bei deutschen Eltern genießen. Unter der Voraussetzung, dass Finanzierung und Entfernung identisch wären, favorisieren Eltern in ihrer Mehrheit eindeutig nicht-staatliche Schulen in freier Trägerschaft. Auf die Frage „Mal angenommen, Schulkosten und Schulentfernung wären gleich. Auf welche Schule würden Sie dann Ihr Kind schicken?“ präferieren 48 Prozent der Eltern, deren jüngstes Kind auf eine staatliche Schule geht, eine Schule in freier Trägerschaft. 45 Prozent der Eltern würden ihr Kind unter den angenommenen gleichen Rahmenbedingungen für staatliche und nicht-staatliche Schulen weiterhin auf der staatlichen Schule belassen. Fazit: Eine Mehrheit von 48 Prozent zu 45 Prozent (die restlichen 7% wollten sich hier nicht entscheiden) würde den staatlichen Schulangeboten den Rücken kehren, wenn es echte Chancengleichheit zwischen staatlichen und freien Schulen geben würde. Eltern mit Migrationshintergrund sind hier übrigens im Vergleich mit denen ohne Migrationshintergrund etwas zurückhaltender in ihrer Präferenz für freie Schulen (36% vs. 50%).

Das problematische Image, das staatlichen Schulen in den Augen vieler Eltern zukommt, lässt sich aus weiteren Ergebnissen der Elternstudie 2019 in seiner Genese erklären. Anhand eines Sets von 10 Qualitätsaspekten sollten die Eltern entscheiden, welche sie aus ihrer Sicht „wichtig“ oder „unwichtig“ für eine „gute Schule“ ansehen. Während für fast alle Aspekte (u.a. „Hat gute, engagierte Lehrkräfte“: 99%; „Sorgt für die Entfaltung der Persönlichkeit“: 93%; „Leistet individuellen Unterricht“: 91% etc.) eine sehr deutliche Zustimmung mit Werten weit über 80 Prozent ermittelt wurde, findet sich eine Zielvorgabe weit abgeschlagen am unteren Ende: „Geht genau nach Lehrplan vor“ wird von gerade einmal 21 Prozent der befragten Eltern als wichtiges Qualitätsmerkmal einer guten Schule eingeschätzt. Genau dieses Merkmal aber ist es, das aus der Sicht der Eltern eine staatliche Schule am besten kennzeichnet! „Geht genau nach Lehrplan vor“ wird von den meisten (nämlich 72%) der Befragten als zentrales Merkmal staatlicher Schulen angegeben. Demgegenüber sehen die Eltern in anderen Qualitätsmerkmalen wie etwa „Geht flexibel auf die Bedürfnisse der Schüler ein“ (17% Zustimmung) oder „Leistet individuellen Unterricht“ (18% Zustimmung) deutlich seltener eine passende Beschreibung staatlicher Schulen. Während nur 21 Prozent in der Aussage „Leistet den Unterricht, bei dem die Schüler in erster Linie aus Interesse und nicht aus Prüfungsangst lernen“ eine zutreffende Beschreibung staatlicher Schulen sehen, steht dieser Aspekt aus Elternsicht bei der Charakterisierung der Schulen in freier Trägerschaft mit 71 Prozent an der Spitze. Das für staatliche Schulen am häufigsten genannte Merkmal („... genau nach Lehrplan ...“) ist aus Elternsicht als Charakteristikum von Schulen in freier Trägerschaft fast irrelevant (nur 6% Zustimmung).

Schulrechtsexperten und Bildungsökonominnen kritisieren seit langem die Unterfinanzierung der Schulen in freier Trägerschaft, weil der Staat ihnen deutlich weniger Geld pro Schüler zur Verfügung stellt, als er für die Schüler an den staatlichen Schulen ausgibt. Das Votum von Deutschlands Eltern schulpflichtiger Kinder geht in dieser Frage eindeutig in Richtung auf eine Stärkung der Finanzhilfe für freie Schulen: 84 Prozent der befragten Eltern bejahen die



Forderung, dass Eltern und Kinder das Recht haben sollten, „sich für die Schule ihrer Wahl ohne Zusatzkosten entscheiden zu können.“ In eine ähnliche Richtung deutet, dass 71 Prozent der Befragten die Auffassung vertreten, dass der Staat hinsichtlich der Finanzierung staatlicher und freier Schulen keinen Unterschied machen sollte. Man kann dies als ein deutliches Votum für eine faire Gleichstellung der freien und der staatlichen Schulen hinsichtlich ihrer Finanzierung aus Steuermitteln verbuchen – mindestens aber als verbindlichen Auftrag an die Kultus- und Finanzminister der Länder, die Deckungslücke zwischen staatlichen Finanzhilfen und realen Schulkosten nicht weiter zu vergrößern.

Eines der großen bildungspolitischen Themen der letzten Jahre ist der sogenannte DigitalPakt Schule und die mit ihm verbundenen Herausforderungen für die Pädagogik. Auch zu diesem Themenfeld wurden den Teilnehmern der Elternstudie 2019 Fragen gestellt. Die Ergebnisse bremsen die Digitalisierungseuphorie, insofern aus der Sicht der Eltern der Computer alles andere als ein Allheilmittel für empfundene Defizite des Bildungssystems ist. Zunächst sehen die Eltern in ihrer überwiegenden Mehrheit die Verwendung von Computern frühestens ab Klassenstufe 5, also in den weiterführenden Schulen als sinnvoll an: 54 Prozent aller Befragten vertreten die Ansicht, dass Computer frühestens in den Klassen 5 bis 7 in den Unterricht gehören und weitere 21 Prozent entscheiden sich für die Antwort-Vorgabe „später“, 7 Prozent votieren sogar für die Option „gar nicht“. Insgesamt plädieren also 82 Prozent der deutschen Eltern nach diesen Daten dafür, dass mindestens der Grundschulunterricht PC-frei ablaufen soll.

Es gibt eine Reihe von Kritikern, die den Digital-Pakt Schule nicht deshalb kritisieren, weil seine Umsetzung so lange auf sich warten ließ bzw. lässt. Sie sehen vielmehr einen Konstruktionsfehler dieses an sich wünschenswerten Geldsegens für die Bildungseinrichtungen darin, dass den Schulen keine eigene Entscheidungskompetenz zugestanden wird. Sie haben nur die Wahl: Geld für Digitalisierung – oder überhaupt kein Geld. Ihnen wird nicht das Recht zugestanden, eigene Prioritäten zu setzen. Egal, ob es durchs Dach regnet, ob die Toiletten angeschimmelt sind, der Sportplatz erneuert oder das Biologie-Labor dringend neu ausgestattet werden müsste – dafür darf kein Cent der 5 Mrd. Euro verwendet werden. Ein Klassensatz Tablet- Computer kann angeschafft werden – ein Klassensatz Trommeln oder andere Instrumente, die aus Sicht mancher Lehrer und mancher Schulleitung vielleicht sinnvoller wären und besser ins pädagogische Konzept vor Ort passen würden, sind nicht möglich. Ein IT-Trainer darf bezahlt werden – ein Tanzpädagoge oder ein Basketball-Trainer für den Ganztagsbetrieb nicht. Die Mehrheit der deutschen Eltern ist mit dieser Einengung der Bildungsfinanzierung nicht einverstanden: Dass neben den Investitionsmitteln für Digitalisierung gleichzeitig auch Mittel bereitgestellt werden sollten, „um die grundsätzliche Kreativität der Schüler zu fördern“ haben 88 Prozent aller Eltern bejaht. Unter den Eltern, deren jüngstes Kind auf eine konfessionelle oder freie Schule geht, stimmen dieser Forderung sogar 95 Prozent zu. Dieses Votum zeigt, dass die Digitalisierungskritiker nicht nur weltfremde Maschinenstürmer sind, sondern, dass sie durchaus einer verbreiteten Überzeugung Ausdruck verleihen, die im allgemeinen Lamento über



Deutschland Digital-Rückstand und in der allgemeinen Erwartung einer digitalen Bildungsrevolution im öffentlichen Diskurs nur wenig vorkommt.

Man kann in der von den Eltern artikulierten Digitalisierungs-Skepsis einen weiteren Anhaltspunkt dafür sehen, dass ein vielfältig ausdifferenziertes pädagogisches Angebot mit ganz unterschiedlichen Schulprofilen Gegenstand eines zeitgemäßen Bildungssystems sein müsste. Man kann aber auch festhalten, dass die Forderung mancher IT-Lobbyisten und Digital-Evangelisten nach möglichst frühzeitigem, möglichst flächendeckendem Software-Einsatz an den Schulen nicht unbedingt mit den Erwartungen der großen Mehrheit der Eltern übereinstimmt.

Den stärksten Ausdruck finden die Vorbehalte der Eltern gegenüber den vermeintlichen pädagogischen Segnungen des Digitalzeitalters im eindeutigen Votum für ein Handyverbot an deutschen Schulen. Mit Bezug auf das in Frankreich eingeführte Handyverbot an Schulen für unter 16-Jährige Schüler wurden die Eltern gefragt: „Sollte so ein Handyverbot auch in Deutschland eingeführt werden?“ 85 Prozent der Befragten sprechen sich dafür aus. Nun werden in Deutschland Gesetze nicht qua Referendum gemacht oder verabschiedet – sondern, soweit sie Schule und Unterricht betreffen, von den Regierungen und den parlamentarischen Vertretungen in den Ländern und Stadtstaaten. Deutlich wurde immerhin: Ein Handy-Verbot würde bei einer stattlichen Mehrheit deutscher Eltern auf Sympathie stoßen. Ob und wie es dann umgesetzt bzw. überwacht und sanktioniert werden könnte, ist im Zeitalter von Zweit- und Dritt-Handys freilich noch einmal eine ganz andere Frage.